

Beiderseits des Atlantiks entfacht das geplante Freihandelsabkommen TTIP (in den USA: TAFTA) erhebliche Proteste, die wir als Teil eines internationalen Bündnisses gegen TTIP zusammenführen möchten. Bei diesem Factsheet handelt es sich um eine leicht überarbeitete und teilweise gekürzte Übersetzung der Info-Materialien unseres US-amerikanischen Partners Public Citizen. Originale unter www.citizen.org/tafta



TTIP: Der Plan der Banker, Wall-Street-Reformen durch die Hintertür abzuschaffen

Finanzregulierungen, die Banken davon abhalten sollen mit unserem Geld zu zocken und eine neue Krise heraufzubeschwören. Sicherheitsstandards für unser Essen, unsere Medizin und unsere Autos, auf welche wir uns verlassen müssen. Klimaschutzmaßnahmen, die benötigt werden um unseren Planeten zu retten. Dies sind Grundsätze, welche an demokratischen Verhandlungsorten festgelegt werden müssen. Aber eine Gruppe der größten US-amerikanischen und europäischen Banken und Konzerne will diese Umwelt- und Verbraucherschutzstandards hinter geschlossenen Türen verhandeln. Seit über 10 Jahren drängen sie auf eine Transatlantische Investitions- und Investitionspartnerschaft (TTIP), um ihre Interessen in Geheimverhandlungen durchzusetzen.

Die TTIP könnte von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union verlangen, nationale Finanzgesetze und -vorschriften, Klimapolitik, Standards für Nahrungsmittel und Produktsicherheit, Datenschutz und andere Gesetzgebung anzugleichen. Dies könnte Verpflichtungen für Staaten beinhalten, Produkte und Dienstleistungen, die nicht die Auflagen ihrer nationalen Sicherheitsvorschriften erfüllen durch „gegenseitige Anerkennung“ und „Angleichungs“-Prozesse zu erlauben und nationale US- und EU-Politik so zu verändern, dass sie mit neuen Standards im Sinne der Konzerne vereinbar wären. Den Auflagen nicht zu entsprechen, könnte zu Handels-sanktionen führen. Ebenso könnte das Abkommen ausländischen Konzernen, einschließlich der Banken der größten Finanzzentren der Welt, die Macht geben, demokratisch gewollte, neue gemeinnützige Gesetze direkt anzufechten und Entschädigungen durch die Steuerzahler an außergerichtlichen Schiedsstellen zu fordern.

Die TTIP-Agenda der EU und der USA: Deregulierung im Verborgenen

Ganz im Sinne ihrer Berater von Wall-Street-Banken

wollen US- und EU-Unterhändler TTIP nutzen, um Finanzmarktregulierungen zurückzudrehen, die infolge der globalen Finanzkrise erlassen wurden. EU-Unterhändler forderten explizit den Abbau von Vorschriften und nennen u. a. die Volcker-Richtlinie, Regulierung von Versicherungen auf Staats-Ebene und die vorgeschlagenen Regeln der US-Notenbank für ausländische Banken. US-Unterhändler schlugen „Marktzugangs“-Regeln vor, die viele gebräuchliche Formen von Finanzvorschriften verbieten, selbst wenn diese gleichermaßen auf nationale und ausländische Firmen angewandt werden.

Damit könnten Initiativen ausgehebelt werden, die verschiedene riskante Finanzdienstleistungen und -produkte, z.B. bestimmte Derivate verbieten oder für Banken Größenbeschränkungen vorgeben wollen, sodass sie nicht „too big to fail“ werden. Ebenso würden „Brandschutzmauern“ um Finanzdienstleistungen unmöglich, wie es etwa mit dem Glass-Steal-Act zur Trennung von Kredit- und Investmentbanken gelang.

Die Vorschriften des Abkommens könnten auch die geplante Robin-Hood- oder Finanztransaktionssteuer verbieten und Kapitalverkehrskontrollen im Krisenfall, wie vom Internationalen Währungsfond befürwortet, entschädigungspflichtig machen.

Die TTIP-Agenda der Banker: Offene Deregulierung

Hier eine Auswahl des von Großbanken durch TAFTA erhoffen Abbaus von Regulierungen:

• Banken von Regulierungen ausnehmen

Ein Konglomerat von Wall-Street-Firmen wie AIG, Citigroup, JP Morgan, Bank of America und Goldman Sachs schlägt vor, dass US- und EU-Regierungen zustimmen könnten, „Finanzdienstlei-

stungs-Unternehmen der Gegenseite von bestimmten Aspekten ihres Regelwerks auszunehmen, im Hinblick auf bestimmte Transaktionen z. B. solche mit erfahrenen Investoren.“ Das heißt, solange es ausländische Banken mit „erfahrenen“ Investoren zu tun haben, muss sich der Gesetzgeber nicht darum kümmern, Banken zu regulieren.

- **Die Volcker-Richtlinie schwächen**

Der Bundesverband deutscher Banken machte deutlich, dass er „eine recht große Zahl an ... Bedenken hat, hinsichtlich der laufenden Einführung des Dodd-Frank Acts (DFA) durch US-Behörden.“ Er bezog sich damit auf die Wall-Street-Reform, die infolge der Finanzkrise erlassen wurde. Die Deutsche Bank erhebt insbesondere Einspruch gegen die Volcker-Richtlinie, die geschaffen wurde um Banken davon abzuhalten, riskante Wetten mit staatlich gesicherten Fonds für ihren eigenen Profit einzugehen, und nannte dieses Herzstück der Wall-Street-Reform „viel zu extraterritorial belastend für nicht-US-amerikanische Banken.“

- **Risiko-Regulierung outsourcen**

Das European Services Forum (ESF), ein Konzernnetzwerk der größten europäischen Dienstleister, dem auch die Deutsche Bank angehört, erklärte, dass TTIP den US-Gesetzgeber davon abhalten solle, ausländischen „too-big-to-fail“-Banken in den USA härtere Vorschriften zu machen, es sein denn, europäische Regierungsinstanzen täten das zuerst.

- **Fremdkapitalaufnahme-Limits auf Staatsebene entfernen**

Insurance Europe, eine Sammlung der größten Versicherungsunternehmen Europas, hofft, dass TTIP zur „Beseitigung“ von Anforderungen genutzt werden kann, die von US-Staaten erlassen wurden, um Versicherungsunternehmen davon abzuhalten, riskante Mengen an Fremdkapital aufzunehmen.

Privilegien für Investoren:

Banken bekommen eigenes Rechtssystem

US- und EU-Konzerne und -Beamte fördern die Einführung von Schiedsstellen, um ausländische Investitionen abzusichern. Ausländische Banken sollen Gerichte umgehen können, wenn nationale Gesetze die im TTIP definierten „Rechte“ von Investoren (etwa aufgrund von Gesetzesänderungen) verletzen. Die aus drei Anwälten bestehenden Schiedsstellen könnten sich auf Entschädigungen für entgangene Konzerngewinne einigen, die vom Steuerzahler beglichen werden müssen. Solche extremen Regeln des „Investorenstaats“ wurden längst in andere US-„Freihandels“-Abkommen aufgenommen und führten bereits zu mehr als 400 Millionen Dollar Schadensersatzzahlungen an Konzerne – für Verbote von Giftstoffen, Landnutzungsregeln, regulative Genehmigungen, Wasser- und Holz-Gesetzgebung und mehr. Die EU schlägt für TTIP eine radikale Version von Investor-Privilegien vor, die die Bestrebungen der Banken bei ihrer gewünschten Rückkehr zur Vor-Krisen-Ära unterstützen.

Das TTIP im Schnellverfahren durchpeitschen

Mit einem Schnellverfahren, das die Demokratie untergräbt, könnte TTIP durch den amerikanischen Kongress kommen. Ein selten genutztes Manöver, das die von großen Konzernen beratenen Unterhändler bemächtigt, unilateral ausgehandelte, bereits unterzeichnete „Handels“-Abkommen nachträglich und ohne Nachbesserungen abzusegnen. Ursprünglich wollte Präsident Obama dieses veraltete, antidemokratische Verfahren abschaffen. Nun jedoch bittet er den Kongress ihm das Schnellverfahren zu gewähren – zum Teil um wachsende öffentliche und parlamentarische Besorgnis über Abkommen wie TAFTA zu umgehen. Wir müssen sicherstellen, dass das Schnellverfahren nie mehr zum Tragen kommt und stattdessen ein offenes, inklusives Verfahren gestalten um Handelsabkommen im öffentlichen Interesse zu verhandeln und beschließen.